

Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung

Wir haben der Klientel- und Verschuldungspolitik von Union und FDP in unserem Antrag „Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft – Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung schaffen“ ein eigenes Konzept entgegengestellt. Dieser wurde Freitag abschließend beraten. Jetzt müssen zentrale Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden. Wenn die Bewältigung der Herausforderungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise misslingt, wird sich die deutsche Wirtschaft für lange Zeit nicht erholen. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, ist eine intelligente Wachstumsstrategie notwendig, die nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet. Wir wollen nachhaltiges Wachstum, gute Arbeit und gerechte Teilhabe. Unser Hauptaugenmerk liegt darauf, neue Investitionsimpulse zu geben. Die verstärkte Förderung privater und öffentlicher Investitionen setzt Anreize für Unternehmen und unterstützt Forschung, Entwicklung und Innovationen. Außerdem brauchen wir eine neue Balance von Exporten und Binnennachfrage. Nur so werden wir eine zukunftsfähige Politik gestalten können. Unsere Hauptforderungen sind:

- **Private und öffentliche Investitionen** müssen gesteigert werden. Mehr unternehmerische Investitionen sind drin-



Garrelt Duin sprach zum Antrag der SPD-Bundestagsfraktion „Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft – Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung schaffen“.

gend erforderlich, um Arbeitsplätze zu schaffen. Hierfür kommen vor allem Sonderabschreibungen und Investitionszulagen für ressourcensparende Investitionen und gezielte Existenzgründungshilfen in Betracht. Für ökologisch wirksame Investitionen sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden.

- Wir brauchen einen **Impuls bei den Bildungsinvestitionen**

in Deutschland. Mit einer Bildungsoffensive sind die Investitionen in Bildung zu erhöhen.

- Es geht darum, eine bessere Balance der deutschen Volkswirtschaft durch eine gezielte **Stärkung der Binnenwirtschaft** zu erreichen. Für mehr Nachfrage und um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Dumpinglöhne abzusichern, sind in möglichst

vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne zu unterstützen. Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn als unterste Grenze.

- Die innerhalb der G 20 und der EU getroffenen Absprachen zur **Stabilisierung der Finanzmärkte** sind in konkrete Regulierungsvorschriften umzusetzen. **Anreize für Spekulationen sind zu begrenzen und Anreize für langfristige Investitionen zu erhöhen.** Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben ist umgehend umzusetzen.
- Für die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird die **Kreditversorgung der Wirtschaft** von besonderer Bedeutung sein. Dazu muss es eine verbindliche Selbstverpflichtung der Banken geben, das Kreditvolumen vor allem für den Mittelstand deutlich zu erhöhen.

Zur Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland ist die Modernisierung traditioneller industrieller Zweige auf der Grundlage einer strategischen und **ökologischen Industriepolitik** voranzutreiben. Leitmärkte der Zukunft sind auszubauen und neue Absatzmärkte zu erschließen.

Schwarz-Gelbes Versteckspiel hat jetzt ein Ende

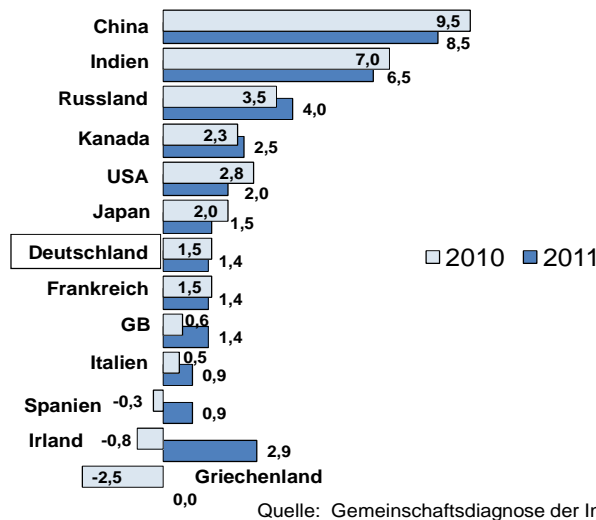
Monatelang hat sich die Bundesregierung einer klaren und realistischen wirtschafts- und finanzpolitischen Planung verweigert oder hat ihre Planungen, wenn es sie denn gibt, vor Parlament und Öffentlichkeit verborgen. Nach dem schärfsten Wachstumseinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik im Jahr 2009 mit -5 Prozent der Wirtschaftsleistung blieb die Regierung Merkel jede Antwort schuldig, wie bei Rekordverschuldung die Konsolidierung der Haushalte, die Finanzierung von massiven Steuersenkungen und der Kopfpauschale im Gesundheitssystem gelingen soll. Welche Einschnitte und Mehrbelastungen kommen auf welche Gruppen der Gesellschaft zu, um die Entlastung hoher Einkommen durch die schwarz-gelben Steuerpläne zu bezahlen? Die lapidare Auskunft Merkels lautete stets: Wir warten die Steuerschätzung Anfang Mai 2010 ab. Dieses Versteckspiel hat jetzt ein Ende.

Das Frühjahrsgutachten: Kein Raum für Illusionen

Die am 15. April vorlegte Gemeinschaftsprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute spricht eine deutliche Sprache. Die vorgelegten Zahlen gehen in die Wachstumserwartungen ein, die wiederum Grundlage der Steuerschätzung sind. Zwar wird eine vorsichtige konjunkturelle Stabilisierung angekündigt. Der Arbeitsmarkt bleibt relativ stabil. Aber die prognostizierte Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 Prozent in 2010 und 1,4 Prozent in 2011 bedeutet Stagnation. Hinzu kommen nach Auskunft der Forscher die Risiken der Weltkonjunktur, der Schuldenkrise im Euroraum, des Bankensektors und der Kreditversorgung der Unternehmen.

Globales Wachstumsgefälle: Deutschland abgehängt

Bruttoinlandsprodukt zum Vorjahr in %, Prognose



Beschleunigung der Insolvenzen

Die Firmenpleiten als nachlaufender Konjunkturindikator nehmen trotz leichter Entspannung zu. Mit Ausnahme der Kfz-Industrie, die von den Konjunkturprogrammen gestützt wurde, beschleunigen sich die Insolvenzen: Nach 16 Prozent in 2009 auf 20 Prozent in 2010 (Deutsche Bank Research). Das damit verbundene Risiko steigender Arbeitslosigkeit bleibt bestehen.

Kapazitätsauslastung gering, Lohnstückkosten steigen

Die Auftragslage der Betriebe hat sich gebessert, doch die Kapazitätsauslastung liegt noch immer 10-Prozent-Punkte unter dem Durchschnitt (Deutsche Bank Research). Die Auftragseingänge der Industrie liegen im ersten Quartal 2010 um 20 Prozent unter dem Niveau von 2008. Dadurch steigen die Produktionskosten. Die Lohnstückkosten sind 2009 um 5,2 Prozent gestiegen und gehen laut Frühjahrsprognose auch in 2010 (-0,6 Prozent) und in 2011 (-0,2 Prozent) nicht spürbar wieder zurück. Ziehen Aufträge und Auslastung nicht stärker an, stellt sich trotz Kurzar-

beit für viele Betriebe die Frage, ob sie ihre Beschäftigten noch länger halten können. Es fehlen Impulse, die Uhr tickt.

Impulse von außen, aber Inlandsnachfrage sinkt

Der deutsche Export ist 2009 um 15 Prozent eingebrochen. Einhellige Meinung der Institute ist jetzt, dass im Status-quo-Szenario Beiträge zur Erholung der deutschen Wirtschaft durch die wieder anziehende Auslandsnachfrage kommen – und zwar ausschließlich. Die Inlandsnachfrage sinkt 2010 wieder ab. Der private Konsum ist schwach. Die Investitionstätigkeit der Kommunen ist akut gefährdet und damit auch die Auftragslage vieler mittelständischer Unternehmen.

Effekt der schwarz-gelben Steuerpolitik gleich Null

Im Spiegel der Wirtschaftsforschungsinstitute wird klar: Die Erwartungen an konjunkturelle Wirkungen der schwarz-gelben Steuersenkungen sind gleich Null. Im Gegenteil entstehen durch staatliche Einnahmeausfälle, durch hohe Defizite und zurückgehende öffentliche Investitionen Negativeffekte, die das

Prognosen der Institute:

- Das **DIW** prognostiziert erst ab 2012 ein Wiedererreichen des Vorkrisenniveaus, was in der Summe mehr als drei Jahren Nullwachstum entspricht.
- Das **KfW-ifo-Mittelstandsbarmeter** (8.03.2010) verzeichnet eine Verschlechterung des mittelständischen Geschäftsklimas und verweist auf eine schwache und störungsanfällige Entwicklung.
- Das **ifw Kiel** spricht von einer schwachen konjunkturellen Grundtendenz ohne Aussicht, den Produktionseinbruch in kürzerer Zeit wettzumachen.
- Das **RWI** (17.03.2010) sieht die Erholung ins Stocken geraten, erwartet eine zögerliche Belebung mit hohen Defizitquoten des Staates.
- Der **OECD-Deutschlandbericht** (März 2010) sieht die Tragfähigkeit der deutschen Staatsfinanzen in Gefahr, rechnet erst auf mittlere Sicht damit, dass das Produktionsniveau vor der Krise erreicht wird und dass die Arbeitslosigkeit der Tendenz nach steigt.
- Das **HWI** (3.03.2010) sieht bisherige Stabilisierungstendenzen vor allem durch staatliche Konjunkturprogramme getragen.
- **Deutsche Bank Research** (25.03.2010) sagt voraus, dass, wenn die expansiven Effekte der Fiskalpolitik Ende 2010 auslaufen, auch das Wachstum des BIP wieder nachlässt und 2011 unter den Wert des Vorjahres zurückgeht.

FDP – Steuerkonzept spaltet die Gesellschaft

Die FDP betreibt ganz klare Klientelpolitik für Besserverdiener und spaltet mit ihrem Steuerkonzept die Gesellschaft. Sie will das Geld für diese Pläne bei den Menschen eintreiben, die zusätzliche Belastungen am wenigsten verkraften können: bei Arbeitslosen, bei Geringverdienern, bei Polizisten, Krankenschwestern, Pflegekräften und Industriearbeitern, die in Feiertags- und Nachschichten arbeiten.

Die FDP behauptet, diese Politik sei fair, sie entlaste vor allem untere und mittlere Einkommen. Diese Behauptung entspricht aber nicht den Tatsachen. Sie ist ein Täuschungsversuch. Was die FDP wirklich plant, ist Umverteilung - und zwar von unten nach oben. Zum Beispiel: Eine allein-erziehende Friseurin mit einem Jahresgehalt von 15.600 Euro spart mit der FDP ganze 73 Eu-

ro. Ein wohlhabendes Ehepaar mit einem Jahreseinkommen von 200.000 Euro bekommt von der FDP 3.237 Euro.

- Das RWI folgert: Die FDP erreiche nicht das Ziel, vorrangig die unteren und mittleren Einkommen zu entlasten. Das sei unter der Voraussetzung, weitere Steuerausfälle zu vermeiden, nur möglich mit einer Anhebung des Spitzensteuersatzes.
- Hinzu kommen die drohenden Streichungen, um das 16 Milliarden Euro teure Konzept zu finanzieren. Union und FDP haben immer wieder angekündigt, wohin die Reise geht, wenn in NRW die Wahllokale schließen: Streichungen bei Arbeitslosen und Arbeitsuchenden, die auf die Förderprogramme der BA angewiesen

sind. Streichung der Steuerbefreiung der Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge. Streichung des Arbeitnehmerpauschbetrages von 920 Euro im Jahr.

All das ist Politik nach dem Matthäus-Prinzip: Wer schon hat, dem wird gegeben. Wer aber nichts hat, dem wird auch noch das letzte Hemd genommen.

Steuern rauf war auch das Motto des FDP-Abgeordneten M. Lindner in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses. Um auch ohne die von der FDP versprochene Steuersenkung in den kommenden zwei Jahren haushaltstechnisch irgendwie über die Runden zu kommen, plant die FDP die Einführung der Umsatzsteuer für kommunale Unternehmen. Nach dem Willen der FDP, die die kommunalen Unterneh-

men sowieso am liebsten privatisieren möchte, werden damit die Nebenkosten für Wasser, Abwasser und Müllentsorgung deutlich steigen. Bei den Kommunalen Unternehmen ist es bislang so, dass diese keine Umsatzsteuer berechnen dürfen, da sie sich in kommunaler Trägerschaft befinden. Mit den FDP Plänen wird die sogenannte "zweite Miete" für Mieter, aber auch die Nebenkostenrechnung für Hausbesitzer, deutlich zwischen sieben Prozent bis 19 Prozent ansteigen. Angekündigt war diese Maßnahme schon im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP.

Nun lässt die FDP die Katze aus dem Sack und schafft Klarheit über den nächsten Mosaikstein bei den Steuererhöhungsplänen der Koalition vor der Wahl in Nordrhein Westfalen.

Girls' Day: Antje Voß erlebt spannenden Tag in der Hauptstadt

Die 18-jährige Antje Voß aus Upgant-Schott hat den vergangenen Donnerstag bei der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin verbracht. Anlass für die Einladung war der nun schon zum zehnten Mal bundesweit stattfindende Girls' Day. Insgesamt 70 Schülerinnen aus der ganzen Bundesrepublik hatten die Gelegenheit, den Politikbetrieb hautnah mitzuerleben, ihren Abgeordneten bei Terminen zu begleiten und einen Einblick in seinen Büroalltag zu erhalten. Natürlich besichtigten sie den Reichstag und nahmen bei einer Plenardebatte auf der Zuschauertribüne Platz. Im Rahmen eines Planspiels, das den Teilnehmerinnen den Weg durch die Gesetzgebung weist, wurde den Mädchen näher gebracht, wie man einen Gesetzentwurf einbringt und wie ein Gesetz letztlich verabschiedet wird und in Kraft tritt. Selbstverständlich durfte dabei eine interessante und spannende Debatte über den besten Weg dort hin nicht fehlen – genau wie in der richtigen Politik.. „Der Girls' Day leistet einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit von



Antje Voß aus Upgant-Schott besuchte Garrelt Duin in seinem Berliner Abgeordnetenbüro.

Mädchen und Frauen in der Ausbildung und im Erwerbsleben. Vielleicht treffen wir in ein paar Jahren eines der Mädchen wieder – als wissenschaftliche

Mitarbeiterin einer oder eines Abgeordneten, in meiner Fraktion oder sogar selbst als Politikerin“, zeigt sich Garrelt Duin überzeugt. „Für mich war dieser

Tag in Berlin sehr beeindruckend und voller spannender Erlebnisse“, beschreibt die Schülerin des Ulrichsgymnasiums Norden ihren Girls' Day.

Ostermarsch: Rundgang mit Norder SPD-Ratspolitikern

Auf Einladung des Ortsvorstehers Ostermarsch, Manfred Placke, besuchte Garrelt Duin kürzlich den Norder Stadtteil. Placke erklärte die Sorgen und Probleme, der Bürgerinnen und Bürger, die sie mit dem Zustand der Landesstraße 5 und dem Radweg innerhalb des Ortsteils haben. Seit Jahren ist die Fahrbahndecke teilweise erheblich beschädigt. „Der harte Frost im Winter hat die Situation deutlich verschlechtert. Aber auch von den Versackungen des Radfahrweges geht eine große Gefährdung für die Radfahrer aus“, sagte der Ortsvorsteher während einer Begehung durch den Ortsteil. Garrelt Duin versprach sich mit dem Landesstraßenbauamt in Aurich in Verbindung zu setzen, um die Probleme dort vorzubringen. Ein weiterer Wunsch der Ostermarscher ist der Bau eines durchgängigen Radweges entlang der Landesstraße bis zur neuen Ortsumgehung. Ein erster Abschnitt wird von der Ortsumgehung bis zum Waloseum bis 2012 gebaut. Im Gespräch mit rund 50 Bürgerinnen und Bürgern wurde der Wunsch geäußert, dass der Radweg weitergeführt werden sollte, um den Ortsteil an das Radwege-



Garrelt Duin besuchte Ostermarsch und wurde von Norder SPD-Ratspolitikern begleitet.

netz anzuschließen. Ansicht nach sinnvoller ist, den Radweg in einem Stück zu bauen. „Zwischen Waloseum und Ostermarsch würde eine Lücke von rund 2,5 km entstehen“, sagte Manfred Placke. „Der Norder Stadtrat sieht die Notwendigkeit, dass der Radweg von der Ortsumgehung bis Ostermarsch gebaut wird“, sagte SPD-Ratsmitglied Hans Forster und verwies auf einen Beschluss im Oktober 2009. Garrelt Duin machte deutlich, dass es seiner vorschlagen.

Termine

- **Montag, 26. April 2010**
Veranstaltung SPD-Wirtschaftspolitik in Brilon/Hochsauerlandkreis
- **Sonnabend, 1. Mai 2010**
1. Maikundgebung
- **Montag, 3. Mai 2010**
Auswärtige Sitzung des Wirtschaftsausschusses in Brüssel
- **3. Mai bis 7. Mai 2010**
Sitzungswoche des Deutschen Bundestages
- **Sonnabend, 8. Mai 2010**
Parteitag SPD Weser-Ems, Wardenburg
- **Sonntag, 9. Mai 2010**
Landtagswahl in NRW



Vom 21. April bis 23. April 2010 hat der diesjährige Jugendpresstag der SPD Bundestagsfraktion in Berlin stattgefunden. Die 16-jährige Ashley Busby, die zur Zeit bei einer Auricher Gastfamilie lebt, hat auf Einladung von Garrelt Duin, an der Veranstaltung teilgenommen. Die junge Amerikanerin ist im Rahmen des parlamentarischen Partnerschaftsprogramms zwischen dem Amerikanischen Kongress und dem Deutschen Bundestag in Deutschland. Die Schülerin besucht das Auricher Ulricianum und schreibt für die Schülerzeitung Ulricianum-Times.

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 70145
Fax: 030 - 227 - 76445
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de